

NOMINATIONSPARTEITAG DER SP GRAUBÜNDEN 2025

PARTEITAGSHEFT

SAMSTAG, 29. NOVEMBER
MARSOEL, CHUR



INHALT

1	PROGRAMM	1
2	ANTRAG LANCIERUNG KANTONALE VOLKSINITIATIVE	2
3	ANTRAG ZU REGIERUNGSRATSWAHLEN 2026	3

1 PROGRAMM

PROGRAMM NOMINATIONSPARTEITAG 2025

Samstag, 29. November 2025

Marsoel Chur

Eintreffen: Ab 13.00 Uhr

Beginn: 13:30 Uhr

Traktandum 1: Begrüssung	
13:30 - 14:00	1.1 Rede der Parteipräsidentin & Regierungsrat – Julia Müller/Peter Peyer 1.2 Mitteilungen & Informationen zum Ablauf des Parteitages, Verabschiedung der Traktandenliste – Joshua Wada 1.3 Wahl der Stimmenzähler:innen – Joshua Wada
Traktandum 2: Antrag Lancierung kantonale Volksinitiative «Für mehr bezahlbaren Wohnraum»	
14:00 - 14:45	1.1 Vorstellung Initiativprojekt – Lukas Horrer 1.2 Abstimmung zur Lancierung der Initiative
Traktandum 3: Wahlen	
14:45 - 16:30	1.1 Antrag Regierungsratswahlen 1.2 Vorstellung Kandidat:innen aus den Wahlkreisen
Traktandum 4: Varia	
16.30 - 16.45	Varia – Joshua Wada
Ab 16.45 Uhr – Apèro 18.00 Uhr Abendessen	

2 ANTRAG LANCIERUNG KANTONALE VOLKSINITIATIVE

«Für mehr bezahlbaren Wohnraum»

z.H. des Parteitags der SP Graubünden vom 29. November 2025

Bezahlbarer Wohnraum ist in Graubünden Mangelware. In weiten Teilen des Kantons steigen die Mieten und Bodenpreise kontinuierlich an. Immer mehr Menschen geben einen unverhältnismässig grossen Teil ihres Einkommens für das Wohnen aus oder finden gar keine bezahlbare Wohnung mehr. Der Wohnraummangel betrifft längst nicht mehr nur tiefe Einkommen, sondern auch den Mittelstand.

Trotz klarer Problemlage hat der Grosse Rat in der Junisession 2025 keine wirksamen Massnahmen beschlossen. Das von der Regierung vorgeschlagene Gesetz über die Förderung von Wohnraum (GFW) blieb ambitionslos, und die rechtskonservative Mehrheit hat zentrale Instrumente wie à-fonds-perdu-Beiträge an gemeinnützige Bauträger gestrichen. Damit wurde die Chance vertan, auf kantonaler Ebene eine wirksame Wohnbauförderung zu schaffen.

Die SP Graubünden ist überzeugt: Der Markt allein löst das Problem nicht. Es braucht öffentliche Mittel und klare Rahmenbedingungen, damit Gemeinden, Genossenschaften und gemeinnützige Bauträger bezahlbaren Wohnraum schaffen können.

Die vorgeschlagene Volksinitiative fordert deshalb die Schaffung eines kantonalen Wohnraumfonds, dotiert mit initial 100 Millionen Franken. Der Fonds soll Gemeinden und gemeinnützige Bauträger beim Erwerb von Bauland oder Immobilien unterstützen, die für die Erstellung oder Erhaltung von preisgünstigem Wohnraum bestimmt sind. Dadurch werden Grundstücke und Liegenschaften dauerhaft den Marktpreissteigerungen entzogen.

Mit dieser Initiative will die SP Graubünden ein wirksames, sozial gerechtes und dauerhaft tragfähiges Instrument schaffen, um die Wohnraumversorgung im Kanton sicherzustellen – für alle Menschen, unabhängig von Einkommen oder Wohnort.

Der Parteivorstand und die Geschäftsleitung der SP Graubünden beantragen dem Parteitag der SP Graubünden deshalb:

1. Die SP Graubünden lanciert die Volksinitiative «Für mehr bezahlbaren Wohnraum» in Form einer allgemeinen Anregung mit folgendem Initiativtext:

Der Kanton Graubünden errichtet einen Wohnraumfonds und stattet ihn mit anfänglich mindestens 100 Millionen Franken aus. Über weitere Einlagen beschliesst der Grosse Rat.

Aus dem Fonds werden Gemeinden und gemeinnützigen Wohnbauträgern

- a) Beiträge an den Erwerb von Bauland für den Neubau von gemeinnützigen und preisgünstigen Mietwohnungen und
- b) Beiträge an den Erwerb von Liegenschaften zur Realisierung von gemeinnützigen und preisgünstigen Mietwohnungen ausgerichtet.

2. Das Initiativkomitee besteht aus den Mitgliedern der Geschäftsleitung der SP Graubünden.

3 ANTRAG ZU REGIERUNGSRATS- WAHLEN 2026

Klärung weiteres Vorgehen

Antrag der Geschäftsleitung z.H. des Parteitages der SP Graubünden vom 29. November 2025

Der ordentliche Parteitag der SP Graubünden vom 26. April 2025 hat auf Antrag der Geschäftsleitung den Wahlausschuss beauftragt, die Möglichkeit einer zweiten Regierungsratskandidatur zu prüfen und Gespräche mit potenziellen Kandidatinnen zu führen. Diese Prüfung sollte bis zum Nominierungsparteitag im November abgeschlossen sein. In den vergangenen Wochen und Monaten hat der Wahlausschuss entsprechende Gespräche geführt, um die Chancen und Rahmenbedingungen einer zweiten Kandidatur sorgfältig zu evaluieren. Daraus hat sich noch keine klare Strategie ergeben.

Da sich auch die anderen Parteien derzeit in Abklärungsprozessen befinden und das Kandidierendenfeld noch nicht feststeht, ist eine sofortige Entscheidung nicht angezeigt. Eine zu frühe Festlegung würde die strategische Handlungsfähigkeit der Partei einschränken.

Die SP Graubünden ersucht deshalb den Parteitag die Frage einer zweiten SP Kandidatur für den Regierungsrat weiterhin offenzuhalten. Die vorgeschlagene Vorgehensweise ermöglicht es der SP Graubünden, die Entwicklungen bei den anderen Parteien abzuwarten, gezielt geeignete Persönlichkeiten anzusprechen und gleichzeitig eine klare zeitliche Linie einzuhalten, sodass die Vorbereitungen für den Wahlkampf rechtzeitig erfolgen können.

Mit dem Entscheid am Parteitag im Februar 2026 bleibt genügend Zeit, eine allfällige zweite Kandidatur sorgfältig vorzubereiten oder – falls keine geeignete Person gefunden wird – den Wahlkampf mit einer einzelnen Kandidatur konsequent und geschlossen zu führen. Zudem soll sich die Geschäftsleitung mit der Frage befassen, ob und in welcher Form Kandidaturen aus anderen Parteien unterstützt werden sollen, und dem Parteitag gegebenenfalls einen entsprechenden Antrag stellen.

Der Parteitag beauftragt die Geschäftsleitung der SP Graubünden, bis zum Parteitag im Februar 2026

1. zu prüfen, ob eine zweite Regierungsratskandidatur der SP Graubünden möglich und politisch sinnvoll ist, sowie ob und in welchem Umfang Kandidaturen aus anderen Parteien unterstützt werden sollen,
2. Gespräche mit potenziellen Kandidatinnen zu führen,
3. dem Parteitag im Februar 2026 eine klare Empfehlung zu unterbreiten, ob
 - a. eine zweite Kandidatur lanciert werden soll und/oder
 - b. Kandidaturen aus anderen Parteien unterstützt werden sollen.